

G8 UND ZIVILGESELLSCHAFT

# Bescheidener Erfolg

Überschattet von den Anschlägen in London, hat das G8-Treffen den Entwicklungsländern wenig gebracht. Die Caritas will weiter Druck machen, um den Graben zwischen Süd und Nord zu überwinden.

Im Vorfeld des G8-Gipfels in Schottland haben Hunderte von Organisationen aus dem Entwicklungssektor Forderungen gestellt und die Öffentlichkeit informiert. Die Aktion "White Band" hat neben Künstlern und Politikern weltweit Millionen von Personen mobilisiert. Die forder-ten von den Regierenden der Industrieländer politische Entscheidungen zur Bekämpfung der Armut, damit die UN-Millennium-Entwicklungsziele erreicht werden können.

Unter der Luxemburger Ratspräsidentschaft hatten sich die EU-Regierungen auf eine gemeinsame Zielsetzung zur Aufstockung der öffentlichen Entwicklungsgelder geeinigt. Medienwirksam hatten die USA und Großbritannien Vorschläge zur Entschuldung Afrikas, beziehungsweise zu alternativen Finanzierungsmechanismen gemacht.

Was als historisches Treffen für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung gedacht war, wurde zur Szenerie eines tragischen Terroranschlags, der die Aufmerksamkeit der Weltpresse von Gleneagles nach London zog. Es wurde kaum mehr über die für Hunderte von Millionen Menschen überlebenswichtigen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung berichtet. Die eine Tragik wurde durch eine andere überdeckt, und die politischen Debatten drehen erneut um den Kampf gegen den Terrorismus. Inwiefern diese Ereignisse Einfluss hat-

ten auf die Diskussionen und Entscheidungen der Regierungschefs, bleibt unbekannt. Die Resultate in Bezug auf die Entwicklungshilfe allerdings sind bescheiden, aber nicht zu unterschätzen. In ihren Forderungen hatten sich die Nichtregierungsorganisationen auf vier Themen konzentriert: mehr und bessere Hilfe für Entwicklungsländer, Entschuldung und gerechte Handelspolitik.

Der größte Fortschritt wurde im Bereich der Entwicklungsfinanzierung erreicht. Bis ins Jahr 2010 sollen zusätzliche 50 Milliarden US-Dollar fließen, davon die Hälfte nach Afrika. Gemäß Berechnungen der UNO und der Weltbank reicht dies aber nicht, um die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Der Hauptanteil dieses Betrags stammt von den EU-Ländern, die ihre Steigerung bereits unter Luxemburger Präsidentschaft ausgehandelt und angekündigt hatten. Weder die USA noch Japan haben ihren Beitrag entscheidend erhöht.

Im Bereich der Entschuldung wurde ebenfalls eine bereits angekündigte Entscheidung wiederholt, d.h. die Schulden von 18 "guten" Schuldnerländern zu tilgen, neun bis höchstens zwanzig weitere Länder können noch dazu kommen. Quantitativ gesehen, entspricht dies aber nur 10 Prozent des tatsächlich bestehenden Entschuldungsbedarfs.

Einen klaren Fehlschlag brachte der G8-Gipfel in der Handelspolitik. Immer noch gibt es keine klaren Strategien zum Ab- und Umbau der Exportsubventionen im Agrarbereich, welche die Entwicklungsländer in noch tiefere Armut treiben. Und im Rahmen der World Trade Organization (WTO) ist weiterhin keine Sonderbehandlung der armen Länder vorgesehen, damit diese ihre Bauern vor Preisdumping schützen können. Insgesamt ergibt sich also ein gemischtes Bild. Ein umfassendes und entscheidendes Paket zur Armutsbekämpfung, welches vom britischen Premier angekündigt wurde, kam nicht zustande.

Der G8 war das erste von drei entwicklungspolitisch entscheidenden Daten im Jahr 2005. Auch die beiden anderen werden von den "White Band"-Tagen im Vorfeld begleitet. Es handelt sich um die Generalversammlung der UNO im September sowie um das Ministertreffen der WTO im Dezember. Den Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft bleiben noch zwei weitere wichtige Termine, um die politischen Entscheidungsträger zur Bekämpfung der Armut zu verpflichten. Caritas Luxemburg wird mit vielen anderen Nichtregierungsorganisationen am 10. September und am 10. Dezember das "Weiße Band" der Aktion "Action mondiale contre la paix" tragen und sich dafür einsetzen, dass die Entscheidungsträger ihre Verantwortung wahrnehmen und die Armutsbekämpfung endlich ernst nehmen.

Caritas Luxembourg

## Des charters à la dette

**Derrière les bonnes intentions affichées du G8 se cache le mépris des pays riches à l'égard des populations d'Afrique, critique l'Asti.**

Au moment où le G8 s'apprête à prendre des mesures destinées à soulager la dette des pays les plus pauvres, notamment ceux d'Afrique, les ministres de l'Intérieur du G5 ont proposé un autre genre de mesure: mettre en place des "charters" européens pour expulser des hommes, femmes et enfants en quête d'une vie meilleure, et venant de ces mêmes pays ravagés par la misère ou la violence. Outre la contradiction flagrante entre les bonnes intentions exprimées en Ecosse par les chefs d'Etat des pays les plus riches et la réalité des mesures policières désormais prises à l'échelon industriel pour renvoyer manu militari des dizaines de milliers de personnes décrétées indésirables, les "charters" constituent une violation flagrante des règles éthiques et juridiques que ces mêmes pays ont élaborées naguère pour interdire les expulsions collectives et les traitements inhumains et dégradants . En 2003, la Cimade et le Gisti avaient pris l'initiative d'une campagne internationale de pétitions pour s'opposer aux projets de l'Union Européenne d'organiser les "vols groupés européens", nouvel euphémisme pour nommer les "charters de l'humiliation". Des dizaines de parlementaires, des centaines d'organisations et d'associations dont l'Asti, des milliers de citoyens en Europe, en Afrique et dans les pays du bassin méditerranéen avaient répondu à cet appel en demandant au Parlement Européen de s'opposer à ce projet. Parce que les "charters" d'expulsés violent la Convention Européenne des Droits de l'Homme, parce qu'ils constituent un danger tant pour les libertés que pour les relations actuelles et futures entre les populations d'Europe et d'Afrique, parce qu'ils symbolisent une dérive sécuritaire et populiste aussi inutile que démagogique. La Cimade et le Gisti de Paris et l'ASTI de Luxembourg appellent tous les signataires, individus, associations, élus, en Europe comme en Afrique, à exprimer publiquement leur opposition à la décision du G5, à interpellier leurs gouvernements respectifs et à faire pression sur les membres du G5 afin qu'ils renoncent à l'organisation de charters.

Texte diffusé par l'Asti Luxembourg

SREBRENICA 1995 - 2005

# Frieden sichern in Bosnien und Herzegowina

Eine wirkliche Versöhnung setzt Gerechtigkeit und Entwicklungsperspektiven voraus, so Justitia et Pax.

Vor 10 Jahren haben serbische Einheiten ein Massaker an der wehrlosen männlichen Bevölkerung von Srebrenica begangen, das zum Sinnbild der Verbrechen des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien geworden ist. Die weltweite Erschütterung über dieses Massaker wurde zum Wendepunkt des Kriegs.

Wir gedenken heute der Opfer. Wir erinnern uns zugleich, dass sich die internationale Staatengemeinschaft allzu lange nur halbherzig für die Beendigung des Kriegs eingesetzt hat. Wir erinnern uns auch an die Täter und die Verantwortlichen nicht nur der Verbrechen in Srebrenica, die sich bis heute noch nicht ihrer Verantwortung gestellt haben.

Wir nehmen daher den Jahrestag des Massakers von Srebrenica zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass es eine der vordringlichen Aufgaben ist, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Wir appellieren an die Regierungen, die serbische und andere Regierungen der Region, die mutmaßlichen Kriegsverbrecher an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag auszuliefern. Wir begrüßen, dass nun auch die Europäische Union ihren Druck auf die serbische Re-

gierung zur Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal erhöht hat. Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit müssen den Umgang mit belasteter Vergangenheit anleiten. Ohne strafrechtliche Verfolgung der Täter kann es keine nachhaltige Aufarbeitung von Unrecht und Gewalt geben, kein Erleben von Sicherheit für die Opfer, keine Versöhnung und kein wahrhaftiges öffentliches Gedenken.

Der zehnte Jahrestag dieses Verbrechens ist aber auch Anlass, über die Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina nachzudenken. Es sind bald 10 Jahre vergangen, seit mit dem Dayton-Vertrag der heiße Krieg in Bosnien und Herzegowina beendet werden konnte. 10 Jahre, in denen viel Positives für den Wiederaufbau Bosniens und Herzegowinas geleistet werden konnte. 10 Jahre, in denen sich aber auch gezeigt hat, dass die Konstruktion von Dayton gefährliche Grenzen hat. Der Frieden in Bosnien und Herzegowina ist noch lange nicht gewonnen. Darüber darf die trügerische Ruhe, die über dem Land liegt, nicht hinwegtäuschen.

Vor diesem Hintergrund stimmt es bedenklich, dass das Interesse der internationalen Staatengemeinschaft an der Entwicklung in Bosnien

und Herzegowina erlahmt. Die internationale politische Aufmerksamkeit hat sich längst anderen Feldern zugewandt. Immer mehr Menschen in den westlichen Ländern stellen die Frage, wie lange das internationale Engagement in Bosnien und Herzegowina noch dauern soll. Dabei ist das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Gruppen nach wie vor gefährdet. Resignation und Stagnation sowie das wachsende Armutsproblem untergraben die noch schwachen Fundamente des Friedens.

Es ist an der Zeit, dem Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina einen neuen Impuls zu geben. Es ist an der Zeit, den Frieden in Bosnien und Herzegowina auf ein tragfähiges Fundament zu stellen. Die Zeit ist reif, die Konstruktion von Dayton zu überdenken und weiterzuentwickeln. (...) Wer heute Bosnien und Herzegowina will, der muss auf eine Überwindung der Doppelbödigkeit von Dayton drängen. Dies schließt eine klare Definition der Rolle der internationalen Gemeinschaft ebenso mit ein wie die Entwicklung einer langfristigen, aber realen Beitrittsperspektive zur Europäischen Union. (...)

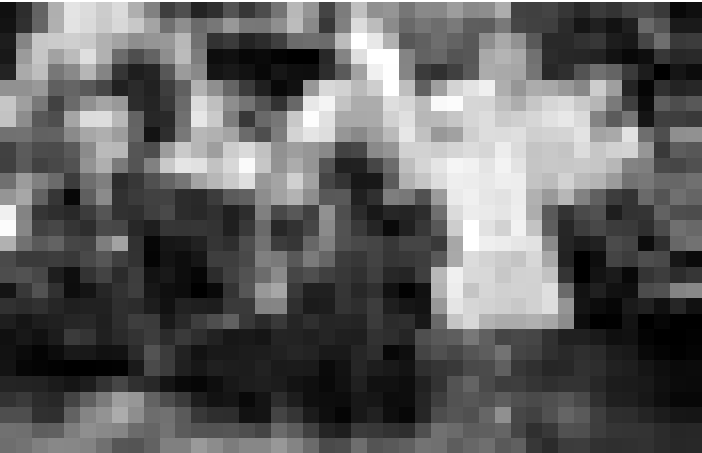
Bosnien und Herzegowina braucht die Hilfe der interna-

tionalen Gemeinschaft. Aber die internationale Gemeinschaft und insbesondere Europa braucht auch Bosnien und Herzegowina - als konkretes Zeichen gelingender Friedenspolitik, einer Politik der Akzeptanz der Vielfalt in Verschiedenheit. Ein mittelfristiges Scheitern würde die Stabilität der gesamten Region und die Sicherheit der dort lebenden Menschen sowie die Beitrittsperspektiven der Anrainerstaaten gefährden. Ein mittelfristiges Scheitern wäre ein erneutes Scheitern der Europäischen Union und würde der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und damit den europäischen Interessen wie der europäischen Vision einen weiteren schweren Schlag versetzen.

Wir sind es nicht zuletzt den Opfern des Massakers in Srebrenica und der Kriege im ehemaligen Jugoslawien schuldig, Sorge dafür zu tragen, dass Srebrenica zu einem nachhaltigen Wendepunkt europäischer Friedenspolitik wird.

Luxemburger Kommission "Justitia et Pax"

www.restena.lu/justpaix



Sarajewo: Angehörige der ermordeten Männer fordern Aufklärung. (Foto: Srebrenica Justice Campaign)